WP-5-212-2 Kapitel 5: Berlin begleitet ein Leben lang

Antragsteller*in: Jan-Louis Wiedmann (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu WP-5

Von Zeile 212 bis 220:
Die Schulsozialarbeit wollen wir stärken, indem wir die Anzahl der Schulsozialarbeiter*innen erhöhen, Schulstationen an allen Schulen absichern und dadurch dauerhaft in der bestehenden Qualität erhalten.

Schule als Ort des Lernens in der digitalisierten Welt erhalten

~~Die Schulsozialarbeit wollen wir stärken, indem wir die Anzahl der Schulsozialarbeiter*innen erhöhen, Schulstationen an allen Schulen absichern und dadurch dauerhaft in der bestehenden Qualität erhalten. Durch den Ausbau der Medienkompetenzzentren und der Etablierung eines Medienteams an jeder Schule schaffen wir außerdem die Ressourcen, die es braucht, um kritische digitale und Medienbildung in Schulen dauerhaft zu etablieren. Zusätzlich bilden wir Online-Streetworker*innen zum Einsatz in den sozialen Medien aus. Um Jugendliche gut auf die digitalisierte Welt vorzubereiten, prüfen wir die Einführung des Fachs Informatik als Pflichtfach.~~

Um Jugendliche gut auf die digitalisierte Welt vorzubereiten, legen wir einen Schwerpunkt auf kritische und digitale Medienbildung. Dafür prüfen wir die Einführung eines Pflichtfachs "Informatik und Medienbildung", bauen Medienkompetenzzentren in den Bezirken aus und etablieren Medienteams an jeder Schule. So schaffen wir die Ressourcen und Kompetenzen, die es braucht, um kritische und digitale Medienbildung in Schulen dauerhaft zu etablieren. Zusätzlich bilden wir Online-Streetworker*innen zum Einsatz in den sozialen Medien aus.

Jenseits seiner Potentiale erkennen wir aber auch die Risiken und Konfliktpotentiale, die vom übermäßigem Konsum digitaler Medien ausgehen. Deshalb setzen wir uns für ein grundsätzliches Verbot privater Endgeräte an Schulen ein. Indem wir die Schulhöfe von Social Media und privaten Endgeräten befreien, schaffen wir für Kinder und Jugendliche Freiraum, den sie brauchen, um sich sozial und kognitiv zu entfalten.

Begründung

Der ÄA übernimmt im Wesentlichen die bisher enthaltenen Vorschläge, legt aber einen größeren Schwerpunkt auf die kritischeMedienbildung und schlägt ein Verbot privater Endgeräte an Schulen vor. Das lässt sich wie folgt begründen:

Die Bildschirmzeit von Judendlichen in Deutschland ist im internationalen Vergleich hoch. Medien- und insbesondere Social-Media-Sucht macht Eltern und WIssenschaftler*innen Sorgen und wird auch von Jugendlichen zunehmend als Problem wahrgenommen.

Die überhöhte Nutzung digitaler Medien ist kein Zufall. Vielmehr nutzen Tech-Giganten wie Meta das Suchtpotential insbesondere von Social Media bewusst aus, um über Werbeeinnahmen mehr Geld zu generieren. Und weil diese Unternehmen wachstumsbasierte Geschäftsmodelle verfolgen, müssen sie den Konsum von Social Media stetig steigern.

Unsere Antwort hierauf kann sich nicht darin erschöpfen, die Medien-Angebote auszubauen und "Online-Streetworker*innen für den Einsatz auf Social-Media" auszubilden. Denn damit werden

allenfalls die schlimmsten Exzesse (z.B. Cybermobbing) adressiert. Das eigentliche Problem aber – die immer weiter wachsende Inanspruchnahme unserer Zeit durch digitale Endgeräte und Social Media – bleibt unadressiert.

Gerade wir Grüne sollten der Expansionswut der Tech-Unternehmen etwas entgegensetzen, indem wir wenigstens die wenigen Stunden, die Schüler*innen täglich in der Schule verbringen, zu "handyfreien (Zeit-)Zonen" erklären. Dadurch werden Kinder und Jugendliche zumindest für eine gewisse Zeit von Phänomenen wie FOMO (fear of missing out) oder ständiger Verfügbarkeit befreit. So entsteht der Freiraum, den sie brauchen, um sich sozial und kognitiv entfalten zu können. Der Einsatz von anderen, also schulisch gestellten und nicht-privaten, Endgeräten sollte dagegen möglich bleiben, da er tatsächlich einen Beitrag zur Medienbildung leisten kann und im Übrigen auch nicht von den finanziellen Ressourcen der Eltern abhängig ist.

Dieser restriktive Ansatz in Bezug auf private Endgeräte – kombiniert mit dem Aufbau von Kompetenzen und Infrastruktur – schützt Kinder und Jugendliche vor Sucht und wird dem Ziel, kritische Medienbildung zu ermöglichen, gerecht.

Unterstützer*innen

Meret Grabenhorst (KV Berlin-Mitte); Kübra Beydas (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Birger Dölling (KV Berlin-Mitte); Mascha Brammer (KV Berlin-Mitte); Yannick Lehmann (KV Berlin-Mitte); Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Marit Schatzmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)